S 23 AL 1751/03

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Sachsen
Sozialgericht	Sozialgericht Dresden
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	23
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	Klagen Rechtsanwälte in eigenem Namen aus abgetretenem Recht bei den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit auf Erstattung der Kosten des Widerspruchsverfahrens nach § 63 Abs. 1 SGB X , handelt es sich um nach § 197a SGG gerichtskostenpflichtige Verfahren.
Normenkette	§ 183 SGG § 197a SGG § 63 Abs 1 SGB X § 398 BGB

1. Instanz

Aktenzeichen	S 23 AL 1751/03
Datum	05.06.2005

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Der Antrag auf Erlass eines Anerkenntnisurteils wird abgelehnt.
- II. Die Kosten des Rechtsstreits tragen die KlÄ¼gerin zu einem Zehntel (1/10) und die Beklagte zu neun Zehnteln (9/10).
- III. Der Streitwert wird auf 296,96 EUR festgesetzt.

GrÄ¼nde:

Nachdem sich der Rechtsstreit in der Hauptsache zum einen durch das von der Beklagten mit Schriftsatz vom 10. Mai 2005 abgegebene Anerkenntnis, welches die KlÄ¼gerin mit Schriftsatz vom 19. Mai 2005 angenommen hat, gem. Å§ 101 Abs. 2

des Sozialgerichtsge-setzes (SGG) insoweit erledigt hat, und zum anderen durch die KlagerÄ¼cknahme mit Schriftsatz der KlÄ¼gerin vom 5. April 2005 gem. [Ä¼ 102 Satz 2 SGG](#) im Ä¼brigen erledigt hat, hatte das Gericht lediglich durch Beschluss Ä¼ber die Nebenentscheidungen des nach [Ä¼ 197a Abs. 1 Satz 1 SGG](#) gerichtskostenpflichtigen Verfahrens zu entscheiden. Da sich der Rechtsstreit in der Hauptsache Ä¼ wie ausgefÄ¼hrt Ä¼ insgesamt erledigt hatte, war der Antrag der KlÄ¼gerin auf Erlass eines Anerkenntnisurteils abzulehnen. Durch Urteil entscheidet das Gericht lediglich dann, wenn die Hauptsache noch offen ist. Nach Erledigung der Hauptsache kann das Gericht ein Urteil nicht mehr erlassen. HierfÄ¼r besteht auch kein RechtsschutzbedÄ¼rfnis, da die KlÄ¼gerin aus dem angenommenen Anerkenntnis vollstrecken kann. Das angenommene Anerkenntnis stellt gem. [Ä¼ 199 Abs. 1 Nr. 3](#) Var. 1 SGG einen Vollstreckungstitel dar.

Bei dem mit der Klageerhebung vom 15. Oktober 2003 rechtshÄ¼ngig gewordenen Verfah-ren handelt es sich um ein Ä¼ nach dem 1. Januar 2002 rechtshÄ¼ngig gewordenes Ä¼ kosten-pflichtiges Verfahren nach [Ä¼ 197a Abs. 1 Satz 1 SGG](#), weil weder die KlÄ¼gerin noch die Beklagte zu den in [Ä¼ 183 SGG](#) genannten Personen gehÄ¼ren.

Nach [Ä¼ 197a Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 SGG](#) werden Kosten nach den Vorschriften des Ge-richtskostengesetzes (GKG) erhoben, wenn in einem Rechtszug bei den Gerichten der So-zialgerichtsbarkeit weder der KlÄ¼ger noch der Beklagte zu den in [Ä¼ 183 SGG](#) genannten Personen gehÄ¼rt. Nach [Ä¼ 183 Satz 1 SGG](#) ist das Verfahren vor den Gerichten der Sozial-gerichtsbarkeit fÄ¼r Versicherte, LeistungsempfÄ¼nger einschlieÄ¼lich Hinterbliebenenleis-tungsempfÄ¼nger, Behinderte oder deren Sonderrechtsnachfolger nach Ä¼ 56 des Ersten Bu-ches Sozialgesetzbuch (SGB I) kostenfrei, soweit sie in dieser jeweiligen Eigenschaft als KlÄ¼ger oder Beklagte beteiligt sind.

Zwar handelt es sich bei dem von der KlÄ¼gerin mit der Klage geltend gemachten materiel-len Anspruch aus [Ä¼ 63 Abs. 1](#) des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) auf Erstat-tung der Kosten des Widerspruchsverfahrens um einen Anspruch des WiderspruchsfÄ¼hrers, im vorliegenden Fall der Frau F Ä¼, der Versicherter im Sinne des [Ä¼ 183 Satz 1 SGG](#) ist. Da sich die KlÄ¼gerin diesen materiellen Anspruch der versicherten Frau F Ä¼ im Wege der Zes-sion mit Vertrag vom 7. Oktober 2003 hat abtreten lassen und die Klage damit im eigenen Namen erhoben hat, klagte sie nicht in ihrer Eigenschaft als Versicherte, sondern in ihrer Eigenschaft als Zessionarin eines Versicherten. Damit bleibt der Anspruch nach [Ä¼ 63 Abs. 1 Satz 1 SGB X](#) materiellrechtlich zwar weiterhin ein Anspruch eines Versicherten, weil die Zession die Rechtsnatur des abgetretenen Anspruchs nicht inhaltlich verÄ¼ndert. FÄ¼r die Gerichtskostenfreiheit nach [Ä¼ 183 Satz 1 SGG](#) genÄ¼gt es hingegen nicht, dass der gericht-lich geltend gemachte Anspruch, ein Anspruch einer Person des privilegierten Personen-kreises ist. Vielmehr muss die Person des privilegierten Personenkreises gerade in ihrer Eigenschaft als gerichtskostenprivilegierte Person als KlÄ¼ger oder Beklagter beteiligt sein. Bei einer Klage aus abgetretenem Recht sind daher unter Anwendung des ab 2. Januar 2002 geltenden Kostenrechts GerichtsgebÄ¼hren aufzuerlegen (so deutlich: LSG Baden-WÄ¼rttemberg, Urteil vom 08.06.2004, Az: [L 11 KR 79/03](#); LSG Baden-WÄ¼rttemberg, Ur-teil vom

08.06.2004, Az: [L 11 KR 2274/03](#)). Im Falle der KlÄgerin verbleibt es bei diesem Ergebnis, weil sie weder Sonderechtsnachfolgerin der Versicherten nach [Â§ 56 Abs. 1 SGB I](#) ist, noch die Ausnahme des [Â§ 183 Satz 2 SGG](#) eingreift, weil die KlÄgerin das Verfahren der Versicherten nicht aufgenommen hat, noch die KlÄgerin LeistungsempfÄngerin oder eine sonstige Person des [Â§ 183 Satz 1 SGG](#) ist. Das bei einer im eigenen Namen erhobenen Klage einer nicht nach [Â§ 183 SGG](#) gerichtskostenprivilegierten Person aus abgetretenem Recht unter Anwendung des ab 2. Januar 2002 geltenden Kostenrechts GerichtsgebÄhren zu erheben sind folgt dabei nicht nur aus dem Wortlaut des [Â§ 183 Satz 1](#) letzter Halbsatz SGG ("soweit sie in dieser jeweiligen Eigenschaft als KlÄger oder Beklagte beteiligt sind") sondern auch aus dem Sinn und Zweck der Vorschrift, wie er aus den Gesetzesmaterialien des Gesetzgebers deutlich hervorgeht. Aus der GesetzesbegrÄndung zu [Â§ 197a SGG](#) wird deutlich, dass [Â§ 197a SGG](#) als Ausnahmeregelung zu der in [Â§ 183 SGG](#) vorgesehenen GebÄhrenfreiheit die Geltung des GKG und bestimmter Kostenvorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) fÄr die Verfahren anordnen will, an denen Personen beteiligt sind, die nicht eines besonderen sozialen Schutzes in Form eines kostenfreien Rechtsschutzes bedÄrfen (vgl. [BT-Drs. 14/5943, S. 28/29](#)). Dies trifft fÄr freiberuflich selbstÄndige RechtsanwÄlte zu. Es ist nicht ersichtlich, dass dieser Personenkreis eines besonderen sozialen Schutzes in Form des Privilegs der GerichtsgebÄhrenfreiheit als Ausfluss des Sozialstaatsgebotes bedarf.

Die Kostenentscheidung beruht damit auf [Â§ 197a Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 3 SGG, 154 Abs. 1](#) und [155 Abs. 1 Satz 1](#) Var. 2 VwGO. Danach hat derjenige Beteiligte die Kosten zu tragen, der unterliegt; soweit ein Beteiligter teils obsiegt und teils unterliegt, sind die Kosten verhältnismÄÙig zu teilen. Die KlÄgerin als auch die Beklagte obsiegt und unterlag jeweils teilweise. Die KlÄgerin obsiegt in Folge des angenommenen Anerkenntnisses hinsichtlich der weiteren GebÄhrennote in HÄhe von 296,96 EUR, unterlag jedoch in Folge der KlagerÄcknahme hinsichtlich des geltend gemachten Zinsanspruchs in HÄhe von 5 % Zinsen Äber dem Basiszinssatz aus 296,96 EUR seit 17. Juli 2003. Das Gericht bewertet das Unterliegen hinsichtlich der Zinsforderung mit einem Zehntel.

Die Streitwertfestsetzung beruht auf [Â§ 197a Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 1 SGG, 25 Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 GKG](#) a.F., 13 Abs. 2 GKG a.F., 72 Nr. 1 GKG n.F. Nach [Â§ 13 Abs. 1 Satz 1 GKG](#) a.F. ist in Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit der Streitwert vorbehaltlich der nachfolgenden Bestimmungen nach der sich aus dem Antrag des KlÄgers fÄr ihn ergebenden Bedeutung der Sache nach Ermessen zu bestimmen. Nach [Â§ 13 Abs. 2 GKG](#) a.F. ist, wenn der Antrag des KlÄgers eine bezifferte Geldleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt betrifft, deren HÄhe maßgebend. Der Streitwert ergibt sich deshalb vorliegend aus der von der KlÄgerin mit der Klage geltend gemachten weiteren GebÄhrennote in HÄhe von 296,96 EUR. Die von der KlÄgerin als Nebenforderung geltend gemachten Zinsen sind gem. [Â§ 22 Abs. 1 GKG](#) a.F. nicht streitwerterhÄhend zu berÄcksichtigen, da nach dieser Vorschrift bei Handlungen, die auÙer dem Hauptanspruch auch Zinsen als Nebenforderungen betreffen, der Wert der Nebenforderung nicht berÄcksichtigt wird.

Erstellt am: 13.06.2005

Zuletzt verändert am: 23.12.2024